

# Kosten fressen ein Viertel der Fondsrendite

## Esma legt Fondsstudie vor – Mischfonds schneiden schlecht ab

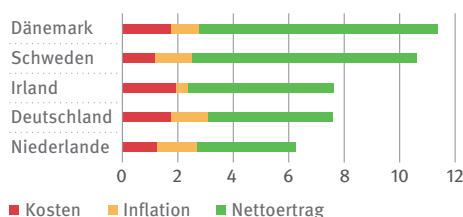
Wenn es nach dem Willen der EU geht, sollen Privatanleger stärker an den Kapitalmarkt angebunden werden. Um diesem Ziel näher zu kommen, hat die EU-Kommission die jeweiligen Aufsichtsbehörden damit beauftragt, Berichte zu Kosten und Performance verschiedener Anlageformen zu erstellen. Damit sollen Investmentmöglichkeiten transparenter gemacht werden.

Die Esma hat nun ihren ersten Bericht vorgelegt. Im Mittelpunkt stehen dabei alle Arten von Investmentfonds. Hierzu wurden Kosten und Renditen von 2008 bis 2017 untersucht. Eines der Hauptergebnisse: Die Kosten für die Produkte drücken die Rendite im Durchschnitt um ein Viertel. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Fonds sind dabei aber groß. Die Zielgruppe spielt eine entscheidende Rolle: Privatanleger zahlen für ihre Fonds etwa doppelt so viel wie institutionelle Investoren. Hinzu kommen große Unterschiede zwischen den Fondstypen (aktiv vs. passiv) und den einzelnen Ländern.

Bei Aktienfonds zählt Deutschland auf Sicht von zehn Jahren zu den günstigsten Ländern. 1,75 Prozent entfielen hier auf Kosten, die Inflation drückte den Nettoertrag um weitere 1,34 Prozent. Unter dem Strich blieben so 4,51 Prozent pro Jahr für den Anleger übrig. Das stärkste Nettoergebnis unter den EU-Ländern weist Dänemark auf, wo Investoren jährlich 8,61 Prozent für sich verbuchen konnten. Ähnlich sieht die Länder-Rangfolge bei Rentenfonds aus: In Deutschland blieben von 4,31 Prozent Bruttorendite 1,96 Prozent Nettoertrag übrig. Nur in Irland, Dänemark, Luxemburg und den Niederlanden war das Ergebnis besser. Trotzdem liegt Deutschland hier unter dem EU-Schnitt von 2,13 Prozent. Insgesamt deutlich niedriger fallen die Zahlen bei den derzeit beliebten Mischfonds aus. Dort ist das Verhältnis von Rendite und Kosten insgesamt am ungünstigsten. Im EU-Durchschnitt blieb von der Bruttorendite von 4,64 Prozent jährlich nur ein Nettoergebnis von 1,09 Prozent. **DZB**

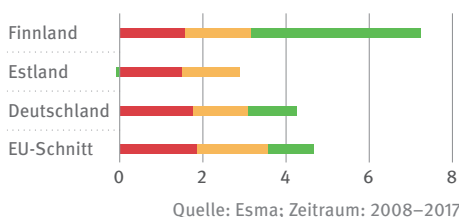
### Aktienfonds: Deutschland in den Top-5

Durchschnittliche jährliche Kosten und Erträge von Aktienfonds auf 10-Jahres-Sicht in Prozent



### Mischfonds: Wenig Netto vom Brutto

EU-weit stärkste bzw. schwächste Nettoerträge, Deutschland und EU-Schnitt in Prozent



Quelle: Esma; Zeitraum: 2008–2017

## Verlängerte Handelszeiten an der Eurex

Die Terminbörse Eurex hat im Dezember den Handelsbeginn einiger wichtiger Futures deutlich nach vorne verlegt. Neben Dax, Euro Stoxx 50 und den deutschen Anleihefutures beginnt auch der Handel mit Futures auf die an der Eurex geführten MSCI-Aktienindizes jetzt schon um 1:15 Uhr MEZ.

Ziel der Ausweitung ist eine bessere Anbindung für Investoren aus Asien. Aber auch für hiesige Anleger ergeben sich aus der Umstellung einige Änderungen. Das durch die deutlich verkürzte Handelsunterbrechung

sinkende Risiko von unerwarteten Schocks (Gap-Risiko) könnte vor allem im Früh- und Späthandel zu einer verbesserten Preisstellung bei Zertifikaten führen. Zu beachten ist aber auch, dass es bei einigen Produkten automatisch zu einer Ausweitung der relevanten Zeitspanne für Knock-Out-Ereignisse kommt. Dies gilt etwa für Turbos, die sich direkt auf einen der Futures beziehen, wie beispielsweise beim Bund-Future. Einige Emittenten berechnen aber auch einen Teil ihrer Dax-Turbos auf Basis des Futures. **DZB**

## Veranstaltungen



### Märkte und Echtgelddepots

Jeweils am ersten Dienstag im Monat kommentiert DZB-Herausgeber Tobias Kramer die aktuelle Situation an den Kapitalmärkten und in den beiden Echtgelddepots von **DZB Portfolio** in einem Webinar. Die nächsten Termine mit Links zur Registrierung:

05. März ([www.bit.ly/Portfolio-1903](http://www.bit.ly/Portfolio-1903))

02. April ([www.bit.ly/Portfolio-1904](http://www.bit.ly/Portfolio-1904))

07. Mai ([www.bit.ly/Portfolio-1905](http://www.bit.ly/Portfolio-1905))

Beginn jeweils 18 Uhr, Dauer ca. 1 Stunde

**Börsentage im März** Im kommenden Monat finden einige Börsentage statt, bei denen auch wieder eine Vielzahl von Zertifikateemittenten präsent sein wird. Den Auftakt macht am 9. März der Anlegertag in Düsseldorf. Es folgt am 23. März Frankfurt, wo erstmals auch ein separates Frauen-Finanz-Forum mit zielgruppenspezifischer Themenstellung geplant ist. Eine Woche später, am 30. März, wird dann in München zum Börsentag geladen.

**Invest 2019** Am 5. und 6. April findet in Stuttgart wieder die wichtigste und größte Messe rund um das Thema Geldanlage statt. Derzeit sind mehr als 70 Aussteller im Informationsportal der Messe Stuttgart hinterlegt. Darüber hinaus wird auch in diesem Jahr zeitgleich die Messe „Grünes Geld“ abgehalten, die sich auf die nachhaltige Geldanlage fokussiert. Weitere Termine für die „Grüne Messe“ sind der 1. Juni in München, der 5./6. Oktober in Frankfurt und der 9. November in Freiburg.

**DZB Branchentreff** Am 28. Mai lädt der Zertifikateberater Emittenten, Branchenvertreter, Mitglieder der Zertifikate-Awards-Jury und ausgewählte Leser zum jährlichen Zertifikate-Gipfel in Berlin ein.

**DDV Derivate Tag** Die Branchenveranstaltung des Deutschen Derivate Verbandes findet am 9. September in Frankfurt statt.

**ZertifikateAwards 2019/2020** Die Preisverleihung der ZertifikateAwards findet am Abend des 21. November in Berlin statt.

## Urteile & Aktuelles

**Ombudsmann-Bericht** ● Die Zahl der bei den Ombudsleuten der privaten Banken eingegangenen Beschwerden ist 2018 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken. Dem Jahresbericht zu Folge gingen knapp 4.000 Schlichtungsanträge gegen die Mitgliedsinstitute ein. 2017 waren es noch mehr als 5.300. Knapp die Hälfte der Antragsteller war mit ihren Anträgen erfolgreich und konnte sich entweder mit den Banken einigen oder akzeptierte den Schlichtungsvorschlag der Ombudsleute. 40 Prozent der eingegangenen Anträge galten dem Zahlungsverkehr. 34 Prozent betrafen das Wertpapiergeschäft.

**CFD-Verbot** ● Die Esma hat ihre Vertriebsbeschränkungen für binäre Optionen und Differenzgeschäfte (CFD) zum zweiten Mal für weitere drei Monate verlängert. Das Verbot betrifft die Vermarktung und den Verkauf binärer Optionen an Kleinanleger in der EU und gilt nun bis zum 1. April 2019. Die Beschränkungen der Vermarktung und des Verkaufs von CFDs an Kleinanleger wurden bis 30. April 2019 verlängert. Die Aufsichtsbehörde bemängelt vor allem das unverhältnismäßig hohe Risiko, die unzureichende Transparenz und die aggressive Vermarktung der Produkte. Seit der ersten Verbotsverlängerung im Oktober 2018 steht allerdings fest, dass Inline- sowie Stay-High- und Stay-Low-Optionsscheine der Zertifikateemittenten nicht von den Vertriebsbeschränkungen der Esma betroffen sind.

**Vermittlerschwund** ● Mehr als 19.000 Versicherungsvermittler haben im vergangenen Jahr ihre Arbeit niedergelegt. Das geht aus der Statistik des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) hervor. Im Verzeichnis werden derzeit noch 201.643 Vermittler geführt. Davon zählen 121.316 zu den gebundenen Vertretern, wo Anfang 2018 noch rund 140.000 verzeichnet waren. Somit entfällt der Schwund beinahe gänzlich auf diese Sparte. Zu den Gründen äußert sich die DIHK nicht. Das Fachmagazin *Procontra* sieht die schärfere Regulierung sowie Unzufriedenheit mit den Versicherern, an die die Vermittler gebunden sind, als mögliche Gründe.

## Neues Kapitel im Streit über Provisionsverbot

### VZBV reagiert in scharfem Ton auf Aussagen des Bafin-Chefs

Provisionsbasierte Beratung oder reine Honorarberatung – welches System das bessere ist, darüber wird seit Jahren gestritten. Ein neues Kapitel in dem Streit wurde jetzt mit einem Interview des Bafin-Chefs Felix Hufeld im *Spiegel* aufgeschlagen. Darin sagte Hufeld, dass er „immer schmunzeln“ müsse, wenn „manche Lobbyisten“ die Beratung auf Honorarbasis als Lösung aller Probleme hinstellten. Er warnte zudem vor sozialpolitischen Verwerfungen, wenn man die Provisionsberatung ganz verbieten würde. Es sei falsch, den Provisionsvertrieb als Hort des Bösen und Honorarberater als die besseren Menschen zu betrachten, so Hufeld. Er verwies auf Großbritannien, wo seit 2013 ein Provisionsverbot herrscht. Die Entwicklungen dort seien erschreckend. Breite Bevölkerungsschichten seien seitdem faktisch von der Altersvorsorgeberatung abgeschnitten.

Ganz anders interpretiert der Verbraucherszentrale Bundesverband (VZBV) die Lage in Großbritannien. Der Verband fühlte sich offenbar direkt von Hufeld angesprochen und veröffentlichte eine eigene Stellungnahme mit dem Titel „Europäische Provisionsverbote & deutsche Fehldarstellungen“. Darin schießen die Verbraucherschützer in scharfem Ton zurück. Letztlich verglichen sie Pro-

visionsberater mit Apothekern, die keinen Arzt ersetzen könnten. Die Provisionsverbote in Großbritannien und den Niederlanden, wo dieses ebenfalls seit 2013 gilt, sind in ihren Augen Erfolgsmodelle. Die Qualität der Finanzberatung sei in beiden Ländern gestiegen. Das Argument einer Beratungslücke lässt der VZBV nicht gelten. Denn Kunden müssten für eine Beratung in jedem Fall bezahlen. „Wenn sich Verbraucher heute eine Beratung, die sie über Provisionen bezahlen, leisten können, dann können sie auch das Vertriebsinteresse umgehen und den Betrag selber überweisen“, so die Logik. Auch an dieser Stelle verweist der VZBV auf Zahlen aus Großbritannien. Der Teil der Bevölkerung, der dort aus Kostengründen auf Beratung verzichte, sei verschwindend gering. In dem zitierten Report gab allerdings immerhin fast jeder zehnte Befragte, der eigentlich Beratung gebraucht hätte, an, wegen der Kosten keine Honorarberatung in Anspruch genommen zu haben.

Die Verbraucherschützer gehen sogar soweit, die Rentenlücke in Deutschland zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass sich Verbraucher aus Skepsis gegenüber dem derzeitigen Beratungssystem einer Kapitalanlage verweigern. *DZB*

## Neue Bafin-Untersuchung zu Mifid II

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) hat eine neue Untersuchung zur Umsetzung der vor einem Jahr in Kraft getretenen europäischen Finanzmarkt-Richtlinie Mifid II gestartet. Im Fokus stehen einer Mitteilung der Aufsichtsbehörde folgend die für den Verbraucherschutz besonders relevanten, neu eingeführten Verhaltenspflichten wie die Telefonaufzeichnung (Taping), die Geeignetheitserklärung und die Ex-ante-Kosteninformation. Dafür wurden bei 40 Unternehmen Unterlagen zu jeweils zehn Geschäftsvorfällen angefordert. Bis zum 22. Februar müssen die Institute für jeden Einzelfall darlegen, wie sie die aufsichtsrechtlichen Vorgaben einhalten. Eine entsprechende erste Untersuchung

war im Januar des vergangenen Jahres bei den stichprobenhaft ausgewählten Banken durchgeführt worden. Dabei hätten sich vor allem bei der Dokumentation der Geeignetheit von Anlageempfehlungen und bei den Kosteninformationen Probleme gezeigt. Mit der Folgeuntersuchung will sich die Bafin nun abermals einen aktuellen Überblick verschaffen und Veränderungen im Vergleich zur letzten Erhebung identifizieren. Man erwarte, dass sich seit dem letzten Jahr einiges positiv entwickelt habe und die seinerzeit festgestellten Startschwierigkeiten inzwischen überwunden seien. Zudem sei es von besonderem Interesse, zu sehen, ob und wie die neuen Pflichten in der Anleger-schutzpraxis wirkten, so die Bafin. *DZB*